

The SPD logo is a red square with the white letters 'SPD' inside.A portrait of Johann Saathoff, a man with short brown hair, wearing a dark suit jacket over a light blue shirt. He is smiling and standing in front of the Reichstag building in Berlin. The building's dome and classical architecture are visible in the background under a clear blue sky. German and European Union flags are also visible.

Newsletter von
Johann Saathoff, MdB
mit Berichten aus Berlin und der Region

Norden, 29. Mai 2020

www.johann-saathoff.de

Ausgabe 03/2020

Mein Mitmensch!

Unser tägliches Leben ist nach wie vor von der Coronakrise bestimmt. Ich bin sehr froh, dass der Rückgang der Infektionszahlen erste Lockerungen erlaubt hat.

Für Ostfriesland sind insbesondere die Öffnungen im Tourismus sehr wichtig. Die jüngsten Ausbrüche in der Region zeigen aber auch, dass wir uns nach wie vor einschränken müssen und die vorgegeben Abstands- und Hygieneregeln konsequent einhalten sollten. Was wir jetzt brauchen, sind zukunftsgerichtete Investitionen und zwar mit Abstand, Anstand und Verstand. Aktuell diskutieren wir ganz intensiv über ein großes Corona-Konjunkturprogramm.

Der Staat muss jetzt in die Zukunft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer investieren. Aus meiner Sicht müssen diese Investitionen das Nützliche mit dem Notwendigen verbinden und die Transformationsprozesse unserer Wirtschaft mitdenken. Während in der CDU über die Absenkung des Mindestlohns und den Abschied von der Grundrente diskutiert wird, kommt es nun mehr denn je auf die Sozialdemokratie an.

Wir werden uns um die finanzielle Situation der Familien und unserer Kommunen kümmern und in den nächsten Wochen dafür streiten, gute Beschäftigung in unserem Land zu sichern.

Ihr und Euer

A handwritten signature in blue ink that reads 'Johann Saathoff'.

SPD-Küstengang fordert Berücksichtigung der maritimen Branche im Corona-Konjunkturprogramm

Die Coronakrise stellt auch die maritime Branche vor enorme Herausforderungen. Als Lotse der SPD-Küstengang habe ich zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen gezielte Maßnahmen gefordert, um die Zukunft der maritimen Wirtschaft, die Standorte und Beschäftigung in Deutschland zu sichern.

Diese Maßnahmen sollten im Einklang mit den anstehenden Transformationsprozessen der Wirtschaft stehen, die sich insbesondere aus den Folgen des Klimawandels ergeben.

Wir fordern unter anderem die klimafreundliche und nachhaltige Erneuerung der öffentlichen Flotte, die Bereitstellung der Infrastruktur für nachhaltige Antriebstechnologien und Anreize für die Produktion von Wasserstoff. Jetzt sind nachhaltige Maßnahmen für den Erhalt der Arbeitsplätze in der maritimen Wirtschaft nötig.

[Hier geht es zum Werftenpapier der SPD Küstengang](#)

Absenkung des Strompreises bietet Chancen

Die Absenkung des Strompreises bietet große Chancen beim Konjunkturaufbau nach der Corona-Krise. Das wird auf breiter Front zu einer Entlastung sorgen und den konjunkturellen Wiederaufbau unterstützen.

Bei Verbrauchern wird die Kaufkraft gestärkt, bei Unternehmen werden die Produktionskosten gesenkt.

Dafür schlage ich einen Dreiklang zur Senkung der Stromkosten vor.

- Die Einnahmen aus dem Zertifikatehandel (BEHG) werden wie geplant zur Senkung der EEG-Umlage verwendet. Ab 2021 soll die EEG-Umlage um 5,4 Milliarden Euro (ca. 1,4 Cent/kWh) sinken. Je höher der CO₂-Preis in den Folgejahren steigt, desto höher sind die Entlastungen bei der EEG-Umlage.
- Als Folge des nationalen CO₂-Preises und der anstehenden Reform des europäischen Emissionshandels-systems (EU-ETS) werden die Börsenstrompreise steigen und damit zu niedrigeren EEG-Kosten führen, da

die EEG-Umlage nur das Delta zwischen Börsenstrompreisen und EEG-Förderkosten umfasst.

- Die lange diskutierte Absenkung der Stromsteuer um 2 Cent muss umgesetzt werden.

Durch dieses Paket kann der Strompreis schnell um drei bis vier Cent sinken. In jedem Fall muss auch gesetzlich geregelt werden, dass die Entlastungsmaßnahmen auch an die Stromkunden weitergegeben werden.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist ein gutes Instrument, und es besteht aus mehr Teilen als nur der Vergütung. Der rechtliche Rahmen muss natürlich weiter Bestand haben, was beispielsweise auch für EE-Anlagen gilt, die zum 1. Januar 2021 aus dem EEG fallen.

Perspektivisch kann mit Einnahmen aus einer Vermögensteuer auch das verbleibende Delta der EEG-Umlage geschlossen werden, sodass die Finanzierung des EEG nicht mehr über eine Umlage, sondern wesentlich gerechter über Haushaltsmittel erfolgen kann.

Kommentar zum Durchbruch bei den Verhandlungen der EEG-Reform

Wie lange haben wir Sozialdemokraten darum gerungen - endlich gibt es einen Durchbruch bei den Verhandlungen über eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Viele wichtige Regelungen hingen in der Luft. Jetzt können sie im Sinne eines umfassenden Klimaschutzes endlich durchgezogen werden. Vor allem will ich die Aufhebung des PV-Deckels für Solaranlagen nennen. Ohne diese Aufhebung wäre der Ausbau der Solarenergie praktisch zum Erliegen gekommen.

Natürlich bin ich besonders froh darüber, dass wir Forderungen bei der Abstandsregelung für Windräder, die weit über die bislang diskutierten 1000 Meter hinausgingen, abwehren konnten. Das ist jetzt Sache der Länder - damit kommen wir beim Klimaschutz ernsthaft voran. Denn ohne einen kräftigen Ausbau der Windenergie können wir unsere Klimaschutzziele nicht erreichen. Wie die Union sich das ohne Windenergie-Ausbau vorgestellt hatte, bleibt mir bis heute ein Rätsel.

Ganz nebenbei stärkt der Ausbau der Windenergie die niedersächsische und ostfriesische Wirtschaft. So was nennt man neudeutsch eine win-win-Situation.

Jetzt geht es darum, das EEG zügig zu ändern. Wir erwarten einen Gesetzentwurf des Bundeswirtschaftsministeriums kurzfristig.

Das heißt: In den nächsten Tagen.



STANDPUNKT – Erneuerbare Energien sind systemrelevant

Gemeinsamer Artikel aus dem "Tagesspiegel Background"

von Klaus Mindrup und Johann Saathoff

Wie schaffen wir die Grundlage für die nächste globale Herausforderung, die Klimaerwärmung? Die SPD-Bundestagsabgeordneten und Energieexperten ihrer Fraktion, Klaus Mindrup und Johann Saathoff, entwerfen in ihrem Standpunkt einen Leitfaden für die künftige Energiepolitik. Im Mittelpunkt stehen Wind-, Solarenergie und Wasserstoff. Sie appellieren aber auch an die Union, klimaschädliche Technologien nicht zu subventionieren.

Aktuell leben wir in einer Phase des Beinahe-Stillstandes. Social Distancing und „Flatten the Curve“ haben oberste Priorität. Es geht ums Ganze. Deswegen ist es auch richtig, dass sich alle Kräfte auf die Coronakrise konzentrieren. Andere Probleme treten in den Hintergrund und verblassen. Die Virologen sagen, wir seien jetzt noch in einer frühen Phase, das alles ist also erst der Anfang und wir haben noch schwierige Wochen und Monate vor uns. „Mutt eerst maal worden bevöör't beter word“ sagen wir in Ostfriesland. Darin steckt aber auch eine Chance. Eine berühmte Psychologin hat einmal gesagt: „Krise ist auch nur eine Gelegenheit, sich weiterzuentwickeln!“

Überall erleben wir neuen Zusammenhalt. Viele Menschen lernen zum ersten Mal ihre Nachbarn kennen, obwohl sie schon seit Jahren nebeneinander leben. Menschen gehen füreinander einkaufen. Diese neue Form des Miteinanders braucht es auch in der Energie- und Klimapolitik. In den vergangenen Monaten und Jahren wurde dort mehr und mehr unversöhnlich miteinander gestritten. Das Verständnis für die Sichtweise des anderen ist völlig verlorengegangen. Stromnetzbau, Hambacher Forst, Windkraftanlagen – es gibt unzählige Beispiele dafür.

Nach Corona muss alles anders sein. Wir dürfen nicht länger Monate vergeuden und damit Strukturen aufs Spiel setzen. Wenn wir hier nicht entschieden im Sinne zukünftiger Generationen handeln, schaffen wir selbst die Grundlage für die nächste globale Herausforderung – und dagegen werden wir keinen Impfstoff entwickeln können.

Auch beim Klimawandel gibt es No-regret-Maßnahmen

Bei Corona gab und gibt es ganz einfache Vorsichtsmaßnahmen wie das Vermeiden des Händeschüttelns, das Abstandhalten, das In-den-Arm-Niesen, gut die Hände waschen und den Einsatz von Desinfektionsmitteln. Auch im Klimaschutz gibt es diese „Vorsichtsmaßnahmen“, die völlig undramatisch im Verhältnis zu der drohenden Umsiedlung ganzer Millionenstädte an den Küsten sind – sogenannte No-regret-Maßnahmen.

Die erste und wichtigste dieser Maßnahmen ist der Ausbau der erneuerbaren Energien – auch in Deutschland. Oftmals wird diese Maßnahme damit abgetan, dass wir in Deutschland nicht genug Potenzial für erneuerbare Energien hätten. Das ist völlig falsch. Als Beispiele sind diese Studie sowie eine weitere Untersuchung zu nennen.

Das Potenzial zur Sicherung der gesamten Energieversorgung aus erneuerbaren Energien ist ohne Zweifel in Deutschland da. Das optimale Energiesystem entsteht jedoch durch eine Mischung aus Wind onshore, Wind offshore, Biomasse, Effizienz sowie Im- und Exporten.

Daher brauchen wir – bei allen sinnvollen Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs – auch nicht alle Häuser zu Niedrigenergiehäusern umzubauen, um klimaneutral zu werden, sondern wir müssen ermitteln, was lokal und regional sinnvoll ist. In Ostfriesland zum Beispiel kann das bei Einzelhäusern eine Kombination aus kleinen Windkraftanlagen, PV und elektrischen Direktheizungen sein. Im Schwarzwald bieten sich Nahwärmenetze auf der Basis von Biomasse an, wie sie die EWS Schönau seit Jahren bauen. Besonders hohe Akzeptanz genießen lokale Lösungen in Bürgerhand – in erster Linie kommunal, aber auch genossenschaftlich.

Die Elektrifizierung muss ein Schwerpunkt sein

Die zweite Maßnahme ist die Steigerung des Anteils elektrisch angetriebener Prozesse. Diese haben physikalisch bedingt eine höhere Effizienz als thermisch angetriebene Prozesse. Durch die größere Effizienz wird parallel der Endenergieverbrauch sinken, verbunden mit einem steigenden Stromverbrauch. Es ergibt daher Sinn, ganz massiv elektrische Antriebe zu fördern.

Fortsetzung auf Seite 4



Klaus Mindrup ist Abgeordneter der SPD-Bundestagsfraktion und vertritt den Wahlkreis Berlin-Pankow. Er ist u.a. Mitglied im Umweltausschuss.

STANDPUNKT – Erneuerbare Energien sind systemrelevant

Fortsetzung von Seite 3

Entscheidend ist der Antriebsstrang, nicht die Frage, ob es rein batterieelektrische Fahrzeuge sind oder ob Wasserstoff für die Reichweitenverlängerung eingesetzt wird.

Die dritte Maßnahme ist „Nutzen statt abregeln“. Es besteht die Riesenchance, klimaneutral erzeugte Stromüberschüsse aus erneuerbaren Energien in den anderen Sektoren zu nutzen. Dazu bedarf es der notwendigen Infrastrukturen – vor allem Batterien als Kurzfristspeicher, Wasserstoff als Langfristspeicher sowie Wärmenetze und Wärmespeicher. Das Klimaschutzprogramm 2030 legt richtig fest, dass wir eine gemeinsame Strom- und Gasnetzplanung brauchen. Im Koalitionsvertrag ist der netzkonforme Ausbau der erneuerbaren Energien gefordert. Im Einklang mit dem Klimaschutzprogramm kann dies nur bedeuten, dass die Strom- und die Gasnetze gemeinsam (!) betrachtet werden, regional und kommunal erweitert um die Fern- und Nahwärmenetze. Neben dem Lastmanagement werden Power-to-Heat-Anlagen im Fall von Stromüberschüssen sowie Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen im Falle von Strombedarfen benötigt.

Entbürokratisierung für CO₂-freie Erzeugung

Die vierte Maßnahme besteht darin, eine einfache Regel durchzusetzen: Bei Nullemission von fossilem CO₂ dürfen keine Abgaben anfallen und bürokratische Hemmnisse blockieren. Die klimafreundliche Stromerzeugung und -verwendung muss für alle schnell, einfach und kostengünstig sein. Wir schlagen vor, jetzt zügig das „Clean Energy Package“ der EU als Sofortmaßnahme in nationales Recht umzusetzen und mit einem Programm für Repowering und mit klaren Ausnahmen für die Ausschreibung von Windenergieprojekten bis sechs Windkraftanlagen (de-minimis-Regel) zu flankieren.

Das neue, transformierte Energiesystem wird unter Beachtung der externen Umweltschäden sehr viel kostengünstiger als das bestehende System sein. Deswegen müssen die in Kürze notwendigen Konjunkturprogramme in Deutschland und der EU Programme für den Klimaschutz sein! Damit werden Arbeitsplätze geschaffen und Kosten für den Import von fossilen Energien neben den externen Kosten der Umweltverschmutzung vermieden. Besondere transnationale Projekte bieten sich für den beschleunigten Aufbau der Offshore-Windenergie verbunden mit einer integrierten Wasserstoff-Wirtschaft an. Dies ist auch ein wichtiger Beitrag zur Solidarität in Europa. Das Motto muss lauten „fast and clean“ und nicht das Subventionieren klimaschädlicher Technologien, wie es offenbar Teilen der Union vorschwebt.

Rettungspaket auch für die Windkraft

Seitens der Industrie wird im Zusammenhang mit dem Kohleausstieg eine Strompreiskompensation ins Gespräch gebracht. Unseres Erachtens wäre diese Kompensation nur notwendig, wenn eine Mangelsituation durch einen zu geringen Ausbau erneuerbarer Energien entsteht. Die beste Strategie gegen zu hohe Strompreise ist: Bauen, bauen, bauen – und zwar Windkraft- und PV-Anlagen.

Eine weitere Schlussfolgerung aus der Pandemie sollte sein, dass wir nicht nur eine Basisindustrie in der EU für Medizintechnik und Pharmazie brauchen. Auch die Erneuerbare-Energien-Industrie ist systemrelevant. Das heißt, um es konkret zu machen: Wir brauchen jetzt ein wirksames Rettungspaket für die deutsche Windindustrie, ein Programm, um den Wettbewerbsvorteil im Bereich Wasserstoff in Europa zu halten sowie ein Programm für eine neue Solarindustrie in Europa. Dann hätten wir die richtigen Schlussfolgerungen aus der gegenwärtigen Krise gezogen.

Fristverlängerung hilft Betreibern von Biogasanlagen

Der Entwurf der kleinen Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wird kurzfristig um die Fristverlängerung der Flexibilitätsprämie für Biogasanlagen erweitert.

Diese Frist sollte bislang am 30. November dieses Jahres enden. Weil es in der Branche zu zahlreichen Corona-bedingten Verzögerungen kommt, sodass vielen Projekten eine Überschreitung der Frist droht, haben

sich die Koalitionsfraktionen auf Initiative der SPD kurzfristig auf eine Fristverlängerung von acht Monaten verständigt.

Mit dieser Fristverlängerung schützen wir Betreiber vor einer unverschuldeten Insolvenz und stellen sicher, dass die nötige Flexibilisierung und Modernisierung der Biogasanlagen im Sinne der Energiewende erfolgen kann.

Bund unterstützt Zentralmagazin in Aurich mit 854 000 Euro

Der Bund beteiligt sich mit 854 000 Euro am Zentralmagazin der Ostfriesischen Landschaft in der ehemaligen Kleiderkammer der Blücherkaserne in Aurich. Das Geld kommt aus dem Bundesprogramm „Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Deutschland“. Über diese Nachricht habe ich mich als Mitglied der Ostfriesischen Landschaft besonders gefreut.

Im Zentralmagazin sollen Stücke deponiert werden, die derzeit nicht in den ostfriesischen Museen ausgestellt werden könnten. Die Ostfriesische Landschaft arbeitet seit einigen Jahren an der Idee eines gemeinsamen Zentralmagazins. Dass dadurch die Blücherkaserne sinnvoll genutzt werden kann, ist umso besser.



Johann Saathoff, MdB, und der Präsident der Ostfriesische Landschaft, Rico Mecklenburg, freuen sich über die finanzielle Unterstützung für das Zentralmagazin.

Mit dem Bundestag 2021/2022 in die USA Bundestag vergibt Stipendien für SchülerInnen und junge Berufstätige

Anfang Mai wurde die Bewerbungsphase für das Parlamentarische-Patenschafts-Programm des Deutschen Bundestages, kurz PPP, gestartet.

Bewerbungsschluss für das Austauschjahr 2021/2022 ist Freitag, 11. September 2020. Alle weiteren Informationen gibt es im Flyer oder unter:

www.bundestag.de/ppp



Große Pläne für "Forum Boatpeople" in Tidofeld

In der Dokumentationsstätte Gnadekirche Tidofeld habe ich mich mit Helmut Kirschstein, Erster Vorsitzender des gleichnamigen Vereins, und dem pädagogischen Leiter Lennart Bohne über den aktuellen Stand des Projektes „Forum Boatpeople“ unterhalten.

Zum Hintergrund: Unter dem Dach der Dokumentationsstätte hat sich der Arbeitskreis Forum Boatpeople gegründet. Er verfolgt das Ziel, in einer baulichen Erweiterung der Gnadekirche eine zeitgeschichtliche Dauerausstellung zur Ankunfts- und Integrationsgeschichte der Bootsflüchtlinge aus Vietnam einzurichten. Dafür ist die Küstenstadt der richtige Standort: Ab 1978 kamen über das Sozialwerk Nazareth mehr als 3000 so genannte „Boatpeople“ nach Norden-Norddeich. Doch nicht nur für die Region ist dies bis heute ein bedeutendes Stück Migrationsgeschichte. Die Aufnahme der Flüchtlinge aus Vietnam gilt als Zäsur für die deutsche Flüchtlingspolitik insgesamt. Ebenso gilt die Integration der Boatpeople als eine Erfolgsgeschichte.

Daher unterstütze ich das Projekt. Denn mit positiven Beispielen aus der Geschichte lässt sich der Dialog über

Migrationsthemen führen. Meiner Meinung nach ist die Bundesrepublik geradezu auf Einwanderung angewiesen.

Auch vom Konzept, bei dem Zeitzeugen-Interviews eine große Rolle spielen, bin ich beeindruckt. Zahlen lassen viele Menschen völlig kalt. Aber Geschichten und Schicksale berühren.

Der Arbeitskreis „Forum Boatpeople“ hat bereits im vergangenen Jahr damit begonnen, für das Projekt zu werben und breite Unterstützung zu suchen. Neben dem gewünschten Sockel von Bund und Land soll das insgesamt 1,8 Mio. Euro teure Projekt mit Hilfe großer Förderstiftungen realisiert werden. Die Projektgruppe steht zudem in guten Gesprächen mit der Stadt Norden und dem Landkreis Aurich.

Der Verein Gnadekirche Tidofeld hofft, dass Landesbischof Ralf Meister als Schirmherr des Projekts den Runden Tisch ausrichtet – sobald Zusammenkünfte solcher Art wieder möglich sind. Da bin ich natürlich dabei!



Mit dem in Corona-Zeiten notwendigen Sicherheitsabstand besuchte Johann Saathoff die Dokumentationsstätte Gnadekirche Tidofeld und sprach dort mit dem pädagogischen Leiter Lennart Bohne

Sieben Denkmalschutzprojekte in Ostfriesland werden gefördert

Damit habe ich wirklich nicht gerechnet: Die Förderung von gleich sieben Denkmalschutz-Projekten aus Ostfriesland hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags jetzt beschlossen. Fast 1,3 Millionen Euro werden aus Berlin nach Ostfriesland fließen. Das ist quasi eine Aufbauhilfe für ostfriesische Handwerksbetriebe in der Corona-Zeit, die können wir wirklich gut gebrauchen. Gleichzeitig kann dadurch viel ostfriesisches Kulturgut gesichert werden.

Die Projekte auf einem Blick:

- Restauration der Schweizer Kirche Emden und des Kirchturmes sowie Umbau der Johannes-A-Lasco-Bibliothek (419.000 Euro)
- Dringend notwendige Restaurierungsarbeiten am Feuerschiff Amrumbank Emden (260.000 Euro)

- Restaurierung der Müller/Rohlf-Orgel in der Bonifatius-Kirche Arle (178.000 Euro)
- Dachsanierung der Reformierten Kirche Aurich (173.000 Euro)
- Turmsanierung Neue Kirche Emden (114.000 Euro)
- Sicherung historischer Bausubstanz Alte Burg Wolthusen (Hooge Huus) (75.000 Euro)
- Vervollkommnung und Erhaltung der Ahrend-Bronzema-Orgel in der Lamberti-Kirche Aurich (69.000 Euro)

Foto von Ende Februar diesen Jahres bei der evangelisch-reformierte Kirche in Aurich



Kontakt Wahlkreisbüro:

Wahlkreisbüro Johann Saathoff, MdB
Burggraben 46, 26506 Norden
Tel: 04931 - 4417
Fax: 04931- 930 16 73
johann.saathoff.ma03@bundestag.de

Kontakt Büro Berlin:

Johann Saathoff, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: 030 - 227 - 73 155
Fax: 030 - 227 - 70 155
johann.saathoff@bundestag.de



Impressum

Büro Johann Saathoff, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel./Fax (030) 227-73155/-70155
Johann.saathoff@bundestag.de | www.johann-saathoff.de

Redaktion

Wiebke Doesken, Heiner Schröder, Torsten Stein, Kornelia Urban und Sabine Zimmermann